

2. Kadener Gespräch



Tagungsbericht

Agenda 2020 – Reformen auch ohne Krise?

*Ein Expertengespräch
der Stiftung Marktwirtschaft
am 7. März 2014 auf Gut Kaden*

Bild Titelseite:
Die Diskussionsrunde
auf Gut Kaden.

Bild unten:
Die Referenten Dr. Hilmar Schneider,
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen,
Dr. Hermann Otto Solms,
Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann,
Holger Steltzner, Prof. Dr. Daniel
Zimmer LL.M., Prof. Dr. Lars P. Feld
und Prof. Dr. Ulrich van Suntum
(v.li.).

Bild rechts:
Prof. Dr. Michael Eilfort
führt in die Tagung ein.

Referenten



Prof. Dr. Lars P. Feld

*Sprecher Kronberger Kreis,
Leiter Walter Eucken Institut,
Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*

Josef Joffe, Ph.D.

Herausgeber der Wochenzeitung Die Zeit

Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann

*Ehemaliges Mitglied im Kronberger Kreis,
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

*Vorstandsmitglied Stiftung Marktwirtschaft,
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg*

Dr. Hilmar Schneider

Direktor CEPS/INSTEAD, Luxemburg

Dr. Hermann Otto Solms

*Bundesschatzmeister der FDP,
Vizepräsident des Deutschen Bundestages a.D.*

Holger Steltzner

Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Prof. Dr. Ulrich van Suntum

*Geschäftsführender Direktor
des Centrums für angewandte Wirtschaftsforschung,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster*

Prof. Dr. Daniel Zimmer, LL.M.

*Geschäftsführender Direktor
des Instituts für Handels- und Wirtschaftsrecht,
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*



„Agenda 2020 – Reformen auch ohne Krise?“

Gut zehn Jahre nach den Reformen der Agenda 2010 am damals „kranken Mann Europas“ steht Deutschland erneut vor der „Reformfrage“ – heute jedoch aus der entgegengesetzten Perspektive eines wirtschaftlichen Motors Europas: Welche Reformen sollten jetzt angegangen werden, um diesen Status zu erhalten? Sind Reformen in guten Zeiten überhaupt denkbar? Welche Prioritäten sollte Deutschland für die nächsten Jahre setzen? Wie können die Schuldenbremse verwirklicht und ausgeglichene Haushalte erreicht, Bildung und Infrastruktur gestärkt und der soziale Frieden erhalten werden, ohne über massive Steuer- und Abgabenerhöhungen Wachstum zu gefährden? Diese und andere Fragen diskutierte die Stiftung Marktwirtschaft beim 2. Expertengespräch auf Gut Kaden am 7. März 2014, zu dem Wissenschaftler, Politiker, Journalisten und Vertreter der Wirtschaft eingeladen waren.

Gastgeber Dr. **Lutz Peters**, Seniorchef der Schwartauer Werke und Buchautor, heißt die Teilnehmer auf Gut Kaden in der Nähe von Hamburg herzlich willkommen. In seiner Begrüßung stellt er zur Diskussion, ob die Projekte Rente mit 63, Mütterrente, Mindestlohn und Mietpreisbremse wirklich diejenigen seien, die es anzugehen gelte. Er fragt, ob diese Vorhaben geeignet seien, Deutschland als Industrienation auf einen besseren Weg zu bringen. Peters verweist auf das kürzlich von Josef Joffe, Ph.D., in Amerika veröffentlichte Buch „The Myth of America’s Decline“ und äußert die Hoffnung, dass diesem in zehn Jahren nicht das Buch „Die Wahrheit über den Niedergang Deutschlands“ folgen werde.

Prof. Dr. **Michael Eilfort**, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, greift ein Paradox auf, das sich anhand der Zeiten, die zur Agenda 2010 führten, und der heutigen Situation belegen lasse. In schlechten Zeiten steigen in Deutschland die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft, die Reformbereitschaft in der Bevölkerung und die Handlungsbereit-

schaft der Politik. Wenn vermeintlich alles zum Besten stünde, lasse sich hingegen das Gegenteil feststellen. Auch sei die Bundestagswahl 2013 auf Jahrzehnte hinaus die letzte Bundestagswahl mit einer Mehrheit der Wähler unter 55 Jahren gewesen. Dies läge zum einen am demografischen Wandel, zum anderen an der höheren Wahlbeteiligung älterer Wähler. In einer Gesellschaft, in der die Alterung politisch durch die Wahlbeteiligung besonders durchschlägt, sei man immer weniger bereit, Innovationen, Wandel und neue Chancen zu realisieren, befürchtet Eilfort. Diese mangelnde Reformbereitschaft spiegele sich in der derzeitigen Politik wider. Doch die Zeiten würden nicht immer sonnig bleiben. Es gelte daher vorzudenken, Konzepte zu entwickeln, um die Frage zu beantworten, was Deutschland jenseits der Themen, die die Politik derzeit beschäftigen, wirklich benötige, beispielsweise im Bereich Steuern und Energie.

Die Tagung wird unterhaltsam und kompetent von **Josef Joffe**, Ph.D., Herausgeber der Wochenzeitung *Die Zeit*, moderiert. Joffe bezeichnet die Zeiten, in denen die Agenda 2010 entstand, als „herausragenden Moment“, in dem ein Reformfenster aufgegangen sei und alle an einem Strang gezogen hätten. Selbst die Medien, von denen man es nicht erwartet, hätten die Diskussion mitbestimmt und beflügelt. Derzeit sei dieses Fenster wieder geschlossen und die Grundstimmung stehe auf Bewahrung und nicht auf Reform. Doch immer dann, wenn es einem gut gehe, sollte man darauf achten, wie es unter der Oberfläche aussehe und welche Dinge dringend angegangen werden müssten. So leide Deutschland an mangelnder Innovationsfähigkeit. „Wir bauen die tollsten Produkte der alten Welt, also Autos, Maschinen, Werkzeugmaschinen, Chemie (...); da bauen wir das Beste der Welt, ohne Zweifel, aber die Innovationsfähigkeit ist knapp.“ Antworten auf die Frage, was das Problem sei und was man wie schnell und wie dringend ändern müsste, erhofft sich Joffe von den folgenden Rednern.



Prof. Dr. Lars P. Feld

Prosperität und Passivität – wird es dem Esel zu wohl?

Bild oben:
Prof. Dr. Lars P. Feld.

Bild rechts:
Dr. Hermann Otto Solms.

Prof. Dr. Lars Feld, Sprecher des Kronberger Kreises, Direktor Walter Eucken Institut, Freiburg, bemerkt einleitend, dass die Titelfrage im Grunde mit „Ja, das ist so“ zu beantworten sei, denn zumindest der Politik sei es „zu wohl“. Nach Einschätzung des Mitglieds des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung steht Deutschland, gemessen an den Kriterien des „Magischen Vierecks“ d.h. angemessenes Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht, in der Tat derzeit recht gut da, so Feld. Sorge bereitet Feld die Ausrichtung der derzeitigen Politik. Einerseits würden wichtige Reformen, beispielsweise in den Bereichen Steuerpolitik und Energiepolitik, versäumt, andererseits werde an falscher Stelle eingegriffen. Statt der verfehlten Rentenprojekte – wie der Mütterrente – sollten andere Themen angegangen werden. Exemplarisch verweist Feld auf die Stärkung der Eigenkapitalfinanzierung der Unternehmen im Steuerrecht, die Bildungspolitik und die Tragfähigkeitslücke in der Sozialversicherung für die Zeit nach 2030. „Es ist nicht so, dass wir vom Reformweg abkommen und ein bisschen von der Richtung abweichen, sondern es ist tatsächlich so, dass wir auf dem eingeschlagenen Reformweg zurückgehen.“ Dabei müsste man, wenn man die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erhalten wolle, dafür sorgen, dass in der guten Zeit ohne große Verwerfungen nun die richtigen Weichenstellungen stattfinden. Diese würden allerdings derzeit nicht getroffen.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sei der Mindestlohn eine klare Abkehr von der Politik der Agenda 2010. Nach der grundlegend falschen Lohnpolitik der 1970er und 1980er Jahre und steigender Sockelarbeitslosigkeit seien erst mit der moderaten Lohnpolitik seit der Jahrtausendwende und der Agenda-Politik auf dem Arbeitsmarkt Erfolge erzielt worden, vor allem durch eine größere Lohnflexibilität insbesondere im Niedriglohnssektor. Darüber hinaus sei der Mindestlohn auch für die duale Ausbildung problematisch. Die Politik stünde vor dem Dilemma, entweder den Anreiz auszubilden oder den Anreiz sich ausbilden zu lassen durch den Mindestlohn zu schwächen. „Wir torpedieren ein Stück weit mit der Mindestlohngesetzgebung unser duales Ausbildungssystem, das wir so hoch halten“, so der FAZ-Ökonom des Jahres.

Das Phänomen der derzeit rückwärtsgewandten Politik sei in allen demokratischen Staaten zu erkennen: „Wenn es gut geht, dann sieht man nicht so richtig ein, etwas zu unternehmen, was als Reformpolitik bezeichnet werden kann, und denkt, dass man sich das bisschen, was vielleicht schädlich ist, leisten kann. Genau in dieser Lage sind wir im Moment. Insofern kann man eigentlich nur auf die nächste Krise hoffen.“

Dr. Hermann Otto Solms

**Alles Gute vom Staat,
alles Schlechte vom Markt?
Wie steht es um Freiheit
und Marktwirtschaft?**



„Es ist gelungen, den Eindruck zu erwecken, dass alle Verwerfungen und alle Fehlentwicklungen Marktversagen seien. Obwohl man bei genauer Analyse doch erkennen muss, dass es in aller Regel Politikversagen war, weil die Politik ihre Aufgabe einer sauberen Regelsetzung und einer Überwachung dieser Regeln nicht wahrgenommen hat.“ Dr. Hermann Otto Solms, der ehemalige Vizepräsident des Deutschen Bundestages, konkretisiert die Rolle des Staates: Der Staat müsse – wie ein Schiedsrichter beim Fußball – die Spielregeln setzen und ihre Einhaltung überwachen, aber mitspielen dürfe er nicht. Solms erläutert am Beispiel der Finanzkrise, warum diese kein Markt-, sondern ein Politikversagen gewesen sei. Die Politik habe die

Gefahren nicht erkannt und sei, wegen der Globalisierung der Finanzmärkte, auch nicht in der Lage gewesen, ein entsprechendes Regelwerk zu schaffen. Der Missbrauch durch Akteure auf den Finanzmärkten ändere nichts an der fehlenden Regelsetzung, die der Politik anzulasten sei. Inzwischen gelte es allerdings, eher Überregulierung zu vermeiden. Diese Tendenz sei derzeit in allen Bereichen der Politik zu beobachten. Neben dieser „gutmenschlichen Grundhaltung“ machen Solms vor allem die Energiewende und die zu niedrige Investitionsquote Sorgen, zwischen denen durchaus ein Zusammenhang bestehe. Wenn die Energiekosten in den USA sehr viel niedriger als in Deutschland seien, so täten sich – gerade energieintensive – Unternehmen schwer, in Deutschland mehr zu investieren.

Die Frage sei, wie die Rückkehr zur Ordnungspolitik und einer sauberen Abgrenzung zwischen Staat und Markt erreicht werden könne. „Wer sich mit der Lage befasst, sieht, was getan werden müsste“, und dass gegenwärtig in vielen Bereichen das Falsche getan werde, mache ihm Sorgen, so Solms. Die Entwicklung gebe ihm im Hinblick auf die FDP jedoch Mut.

Diskussion

Verknappung von Arbeitskraft und Entflexibilisierung des Arbeitsmarkts

Joffe stellt zur Diskussion, wie denn der Verlust von Arbeitskräften durch die demografische Entwicklung und die Rentenpolitik zu kompensieren sei. „Wir brauchen massive Veränderungen in der Arbeitsmarktverfassung einerseits und in der Steuerpolitik andererseits. (...) Was die Verknappung in der Arbeitswelt anbetrifft, da wäre ich froh, wir würden unterlassen, was jetzt geplant ist“, so Feld. Zuwanderung allein reiche nicht aus, um fehlende Arbeitskräfte zu ersetzen. Langfristig müsste man dafür sorgen, dass die Erwerbsbeteiligung der älteren Menschen steige. Solms sieht hier auch die Wirtschaft in der Bringschuld. „Die Wirtschaft muss altersgerechte Arbeitszeitmodelle anbieten.“ Ohne eine entsprechende Öffnung der Regeln könne der Markt die Probleme allerdings nicht lösen. Dr. Hilmar Schneider, Direktor CEPS/INSTEAD, Luxemburg, sieht darüber hinaus Änderungsbedarf beim Kündigungsrecht. „Das gesetzliche Renteneintrittsalter generiert eine Art Sonderkündigungsrecht für Unterneh-

men“. Bei Abschaffung des gesetzlichen Renteneintrittsalters könnten sich Unternehmen Forderungen nach hohen Abfindungen älterer Arbeitnehmer gegenüber sehen; hier müsste eine juristische Lösung geschaffen werden. Dr. Ulrich Weiss, stellvertretender Stiftungsratsvorsitzender der Stiftung Marktwirtschaft, sieht in dem Bewegen der Politik hin zu Reformen die größte Herausforderung. Holger Steltzner, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, erinnert daran, dass auch den Reformen der Agenda 2010 „zehn lange, quälende „Sabine-Christiansen-Jahre“ vorangegangen seien.“ Es brauche Zeit, ein derartiges Reformfenster zu schaffen.

„Viele in der Politik denken, wenn der Bevölkerungsumfang schrumpft, dann löst sich das Arbeitslosenproblem von selbst.“, Dabei führten Veränderungen der Knappheitsverhältnisse zu Preisveränderungen, warnt Schneider. Nach eigener Berechnung würde der Bevölkerungsrückgang in den nächsten zwanzig Jahren dazu führen, dass die Reallöhne in Deutschland um circa 50% steigen. Auf Reallohnsteigerungen in einer derartigen Größenordnung gäbe es für Arbeitgeber nur eine Antwort: massiver Arbeitsplatzabbau. Prof. Dr. Ulrich van Suntum, Direktor des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster, vermisst das Bewusstsein der Bürger und der Politik für einfache marktwirtschaftliche Prinzipien und erläutert dies am Beispiel der Mütterrente. „Ein einfaches marktwirtschaftliches Prinzip wäre, wenn man etwas für die Mütter tun möchte, muss man das Geld hierfür haben, und das Geld muss von denen bezahlt werden, die heute leben.“ In diesem Fall würde sich jeder Bürger überlegen, ob ein solches Projekt beispielsweise durch eine höhere Mehrwertsteuer finanziert werden sollte oder nicht.

Bild unten:
Die Zeit-Herausgeber Josef Joffe,
Ph.D. moderierte die Tagung.



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Die Demografie-Falle: Keine Kinder bekommen keine!

„Was hat die Demografie mit der Agenda 2020 zu tun und was ist demografisch auf eine Agenda 2020 zu schreiben?“, fragt Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft und Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Seine spontane Antwort auf die zweite Frage lautet „Nichts“. Denn demografisch seien die Weichen bereits gestellt, der Arbeitsmarkt der nächsten zwei oder drei Jahrzehnte sei vorgegeben. Die einzige unbekannte Größe sei die Migration, diese sei jedoch sehr volatil und das Potenzial gering. Die Zuwanderung in Deutschland komme im Wesentlichen aus der Europäischen Union und Osteuropa, so Raffelhüschen. Diese Länder stünden jedoch vor der gleichen demografischen Entwicklung wie Deutschland. Im Zusammenhang mit der Rente seien zwei demografische Faktoren zu berücksichtigen: Zum einen die niedrige Fertilität, dafür gebe es den Nachhaltigkeitsfaktor. Zum zweiten die längere Lebenserwartung: „Wenn wir von Generation zu Generation vier Jahre länger leben, dann können wir nicht jeden Tag, den wir länger leben, in Rente verbringen.“ Dieser Gedanke habe auch die Rente

mit 67 gemäß einer Art „Halbteilungsgrundsatz“ getragen. Vier Jahre längere Lebenserwartung pro Generation bedeute, dass jede Generation zwei Jahre länger arbeiten müsse. Die Rente mit 63 hingegen sei aus mehreren Gründen verfehlt. Zum einen sei die mögliche Inanspruchnahme auf bestimmte Arbeitnehmer begrenzt. Profitieren würden im Wesentlichen männliche Facharbeiter, diese seien die einzigen, die überhaupt die Kriterien erfüllen würden. Die Kosten der Rente mit 63, inklusive der quasi „Verlängerung“ der Rentenbezugsdauer um zwei Jahre, müssten die anderen Arbeitnehmer bezahlen (nicht jedoch Beamte oder Vermögende) mit dem Ergebnis: „Wir bezuschussen die reichsten Rentner Deutschlands durch die anderen.“

Raffelhüschen warnt eindringlich davor, die Hinzuverdienstgrenze für diese „subventionierten“ Frührentner auszuweiten. Könnten diese abschlagsfrei bis zum alten Bruttolohn hinzuverdienen, so schaffe dies nicht nur einen Anreiz, sondern einen ökonomischen „Zwang“ zur Frühverrentung. Denn die Rente wird nur zum Teil versteuert, mit dem Ergebnis, dass ein hinzuverdienender Rentner aufgrund der niedrigen Besteuerung der Rente besser dastünde als vor der Verrentung.

Bild links oben:
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen.

Bild unten:
Dr. Hilmar Schneider.



Dr. Hilmar Schneider

Arbeits“markt“ und Große Koalition: Falsche Weichenstellung für die Arbeitswelt von morgen?

Für die richtige Weichenstellung für den Arbeitsmarkt von morgen müsse man sich nicht nur mit der demografischen Komponente, sondern auch mit der qualitativen Veränderung der Arbeitswelt beschäftigen, leitet Dr. Hilmar Schneider, Direktor CEPS/INSTEAD, Luxemburg, seinen Vortrag ein.

Derzeit sei eine Rückverlagerung unternehmerischer Verantwortung auf die Arbeitnehmer zu beobachten. Vom Arbeitnehmer werde heute erwartet, dass er selbst Verantwortung übernimmt und Risiken trägt – anders als im „Taylorismus“, der von einer Zerlegung der Arbeitsabläufe, der Entmündigung von Arbeitnehmern und einer Zentralisierung von Verantwortung auf die Unternehmensleitung geprägt war. „Deutschland als Standort für standardisierte Massenproduktion ist Vergangenheit“, so Schneider. Deutsche – aber auch andere westliche Unternehmen – müssten flexibel auf veränderte Anforderungen der Märkte reagieren, dies bedeute auch, Entscheidungsprozesse durch die teilweise Rückverlagerung unternehmerischer Verantwortung auf Arbeitnehmer zu beschleunigen. Diese Entwicklung hätten die Arbeitnehmer bereits verinnerlicht.

Kritisch sieht Schneider jedoch die Rolle der Politik im Hinblick auf die Ausrichtung des Bildungssystems auf diese neuen Herausforderungen und die gesteigerte Bedeutung von Fähigkeit zu Verantwortung und zur Risikoübernahme. Das traditionelle deutsche akademische Bildungssystem mit vielen Freiräumen sei in den letzten Jahren von einer starken Verschulung abgelöst worden. Dies habe zur Folge, dass gerade die Fähigkeiten zu Verantwortung und Risikoübernahme verloren gingen. Deutschland kopiere die Fehler der anderen, statt sich auf eigene Stärken zu besinnen, warnt Schneider. „Die Akademikerquote steigt weiter und lockt viele junge Menschen, die früher in das duale Ausbildungssystem gegangen wären, in Sackgassen im akademischen System.“ Dabei sei die Akademikerquote nicht ausschlaggebend für die Qualität des Humankapitals und das duale System eine Stärke Deutschlands.



Bild oben:
Die Diskussionsrunde.

Bild rechts unten:
Prof. Dr. Ulrich van Suntum.

Bild rechts oben:
Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann.

Diskussion

Demografie und Ausbildung

„Das Thema Demografie ist die einzige Sozialwissenschaft, die ich kenne, wo ich weiß, was morgen ist, aufgrund dessen, was heute ist“, eröffnet Joffe die Diskussion. Raffelhüschen merkt an, dass im „Mikrokosmos der Beamtenversorgungslasten auf Länderebene“ derzeit zu beobachten sei, was in Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung in den Jahren 2030, 2035, 2040 zu erwarten sei. Es zeichne sich ab, dass die Verschuldungsgrenzen der Schuldenbremse wegen der drohenden Lasten – insbesondere aufgrund der Beamtenversorgungslasten auf Länderebene – gebrochen werden würden.

Feld ist hingegen der Auffassung, dass in der Tat zwar die Länder Gefahr laufen, gegen die Schuldenbremse zu verstoßen, dieses Problem könne jedoch im Rahmen der Föderalismusreform gelöst werden. Die Glaubwürdigkeit der Schuldenbremse werde maßgeblich von dem Ergebnis Nordrhein-Westfalens abhängen. Im Hinblick auf das Bildungssystem plädiert Feld für ein Ende der Vergleiche, da die Bildungssysteme innerhalb Europas ohnehin nicht

vergleichbar seien. Vergleiche hätten nur dann einen positiven Sinn, wenn diese Reformen auslösten.

Schneider konkretisiert seine Kritik am akademischen Ausbildungssystem dahingehend, dass nur das duale Ausbildungssystem die Verknüpfung und Kontrolle zwischen Ausbildung und Betrieb herstelle: „Ein Unternehmen wird eine Ausbildungsstelle nur dann einrichten, wenn sie sich langfristig lohnt.“

Die Frage von Joffe nach Lösungsmöglichkeiten für die Beschäftigungslücke beantwortet Raffelhüschen mit der Hebung des Beschäftigungspotentials bei älteren Arbeitnehmern. Dies ließe sich über Abschläge bei der Rente bewerkstelligen oder über das skandinavische Modell: Ein ermittelter Barwert für die Rente werde über die Rentenbezugszeit ausgezahlt: Wer vor dem regulären Renteneintrittsalter Rente beziehen wolle, erziele einen geringeren Barwert. Alternativ müsse der Barwert über einen längeren Zeitraum gestreckt werden.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum

**Steuern:
Höher und aggressiver statt
einfacher und gerechter?**

Prof. Dr. Ulrich van Suntum, geschäftsführender Direktor des Centrums für angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität Münster, bezeichnet den Status quo der Besteuerung in Deutschland als zufriedenstellend: Die Steuerquote, d.h. der Anteil der erhobenen Steuern im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt, sei im internationalen Vergleich akzeptabel; im Zeitreihenvergleich sei die Steuerquote über Jahrzehnte stabil geblieben. Kritisch bewertet van Suntum, dass immerhin ein Drittel der Steuerpflichtigen überhaupt keine (Einkommen-)Steuern zahle. „Wenn ein großer Teil der Bevölkerung von Steuern nicht betroffen ist, ist es immer schwieriger, politische Mehrheiten für Steuervereinfachungen oder Steuersenkungen zu bekommen.“ Bekannt sei, dass die obersten 10% der Einkommensbezieher über 50% der Einkommensteuerlast tragen. Unter Berücksichtigung von Einkommensteuer und Umsatzsteuer ergäbe sich jedoch eine annähernd proportionale Besteuerung: Die obersten 10% der Einkommensbezieher tragen 38,8% des Aufkommens aus Einkommensteuer und Umsatzsteuer, verfügten allerdings auch über 37,1% des Einkommens.

Statt mehr Umverteilung – als Folge der demografischen Entwicklung und der Haltung der Politik – plädiert van Suntum für eine Rückbesinnung auf klassische Besteuerungsprinzipien, insbesondere das Prinzip der Willkürfrei-



heit. Es sei außerordentlich problematisch, eine Steuer wie die Vermögensteuer einführen zu wollen, die nur 10% der Bevölkerung treffen solle. Steuern sollten grundsätzlich für alle gelten. Van Suntum betont abschließend den Wert von Steuervereinfachung: „Der eigentliche Wert der Steuervereinfachung liegt in der Transparenz. Je komplizierter ein Steuersystem ist, desto willkürlicher kann man es gestalten, weil niemand mehr überblickt, wer was bezahlt.“ Ein einfaches, transparentes, für jeden nachvollziehbares Steuersystem sei unverzichtbar – auch um die Politik hinsichtlich ihrer fiskalischen Verantwortung in ihre Grenzen zu verweisen.



Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann

**Welche Katastrophe denn
nun? EZB/Euro zwischen
Inflation und Deflation**

Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann, Universität Bonn und langjähriges Mitglied des Kronberger Kreises, knüpft inhaltlich an die Diskussion des ersten Kadener Expertengesprächs im Vorjahr über den Euro und die Geldpolitik an. Die Expansionspolitik seit 2009 der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Federal Reserve Systems (Fed) habe zu viel Liquidität geführt. „Damals wurde reichlich Lunte für eine Inflation gelegt, nur der Zündfunke hat gefehlt“. Aus damaliger Sicht sei diese Politik verständlich gewesen, denn wäre die Eurokonjunktur richtig angesprungen, wäre das Vorgehen als zielführend zu beurteilen gewesen. Für die Resultate müsse man jedoch zwischen Eurozone und Deutschland unterscheiden. „Im letzten Jahr ist die

deutsche Wirtschaft um einen halben Prozentpunkt gewachsen, aber der Rest der Eurozone ist um ungefähr einen halben Prozentpunkt geschrumpft.“ Interessant sei der Unterschied in der Vorgehensweise der Fed und der EZB. „Der ganz entscheidende Unterschied zwischen beiden Systemen besteht darin, dass die Amerikaner das Geld schaffen, indem sie Anleihen kaufen. Das bedeutet, wenn die Fed zu viel Geld in Umlauf bringt, können die Banken es nicht zurückgeben. Die EZB hingegen gibt den Banken Kredit und am Ende der Laufzeit fließt das Geld zurück.“ Die europäischen Banken verfügen folglich über die Möglichkeit, bei zu hoher Liquidität diese wieder zu reduzieren. Das haben sie 2013 in unerwartetem Maß getan, und deshalb gibt es derzeit keine drohende Inflationsgefahr in der Eurozone. Im Hinblick auf die gegenläufige Frage nach einer möglichen Deflation sieht Neumann eher die Gefahr einer realen Stagnation als einer Deflation in Europa, ähnlich wie in Japan. „Das Interessante ist, in Japan steigen die Preise nur, wenn die Geldmenge steigt, bei uns steigen die Preise dagegen auch, wenn die Geldmenge nicht steigt.“

Für problematisch hält Neumann das generelle Vorgehen der EZB. Draghis Politik lasse sich seiner Ansicht nach wie folgt zusammenfassen: „Wir haben ein Mandat, und das ist Preisstabilität. Solange wir das erfüllen, dürfen wir alles machen“. Dies sei ordnungspolitisch höchst bedenklich, denn die Ordnungspolitik denke in Strukturen und nicht vom Ergebnis her. Neumann begrüßt daher das Vorgehen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG): Das BVerfG habe dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einen Fragenkatalog vorgelegt, nun müsse der EuGH äußern, was richtig sei, was falsch. Dem BVerfG verbleibe jedoch die Entscheidung. Neumann erhofft sich hieraus zwar keine vollständige Ablehnung des OMT-Programms, jedoch eine Eingrenzung mit klaren Regeln.

Bild unten:
Im Austausch: Holger Steltzner,
Dr. Hermann Otto Solms und
Prof. Dr. Lars P. Feld (v.li.).



Diskussion

Steuerpolitik und Geldpolitik

Feld pflichtet van Suntums Analyse der Steuereffekte prinzipiell bei. Die Steuerbelastung sei in der Tat quasi proportional – allerdings nur, wenn man lediglich auf Einkommensteuer und Mehrwertsteuer abstelle. Unter Berücksichtigung von Erbschaftsteuer, Gewerbesteuer und weiteren Abgaben ergäbe sich eine Tendenz zur progressiven Besteuerung.

Der Unternehmer Dominic Graf von Bernstorff stellt die These auf, dass der Weg in die Schuldenbremse nur wegen der derzeit niedrigen Zinsen funktionieren würde. Neumann ist hingegen der Auffassung, die Schuldenbremse funktioniere langfristig nur zusammen mit einer Ausgabenbremse, das Zinsniveau sei nicht entscheidend. „Die Schuldenbremse funktioniert, wenn man die Ausgaben-seite diszipliniert.“ Steltzner stellt zur Diskussion, ob die Fiskalpolitiker über die Monetisierung der Staatsschulden in der Krise ganz zufällig das Perpetuum Mobile für die Finanzpolitik gefunden hätten. „Was gibt es schöneres für einen Fiskalpolitiker, als die Monetisierung der Staatsschulden über die Notenbankbilanzen?“ Van Suntum gibt zu bedenken, so etwas wie einen „free lunch“ gäbe es nicht: Wenn der Staat von niedrigen Zinsen profitiere, werde auch jemand belastet. „Wir werden alle enteignet, da unsere Zinseinkünfte nicht einmal die Inflationsrate ausgleichen.“ Komme es zur Inflation, werden die Vermögenden – insbesondere die Besitzer von Geldvermögen – belastet. Wolle die Zentralbank Inflation verhindern, müsse sie weniger Kredite ausgeben, um die Geldmenge im Rahmen zu halten. „Die Verschuldung der Unternehmen, die investieren würden, wird ersetzt durch eine Verschuldung des Staates, diese wird aber nicht für Investitionen, sondern für Konsum verwendet.“

Die Frage von Joffe, ob Deutschland denn nun aus der Währungsunion austreten müsse, wird von den anwesenden Experten unterschiedlich beurteilt. Feld ist der Auffassung, das ganze System bräche zusammen: „Wir würden die Entwicklungen auf den Finanzmärkten nicht mehr unter Kontrolle bringen“. Van Suntum widerspricht: „Ich habe nicht gesagt, dass wir aus dem Euroraum Knall auf Fall austreten sollten. Aber dass wir da raus müssen, ist aus meiner Sicht klar“.

Bild rechts oben: Prof. Dr. Daniel Zimmer LL.M.
Bild rechts unten: Holger Steltzner.

Holger Steltzner

Gegenwartskonsum vor Zukunftssicherung: Will das Wahlvolk beschenkt werden?

„Bundeskanzlerin Merkel wurde in der Volksrepublik China eine bemerkenswerte Frage gestellt: Die EU stellt noch 7% der Weltbevölkerung, erwirtschaftet noch 25% der Weltwirtschaftsleistung, leistet aber 50% der Weltsozialausgaben. Sei denn die Demokratie in Ordnung, bei der man Wahlen nur dann gewinnen würde, indem man mehr verspricht, als man finanzieren kann?“ Diese Frage müsse sich die Bundeskanzlerin auch zu Hause stellen, angesichts der Ausgabenwünsche der Großen Koalition, so Holger Steltzner, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Offenbar sind der Sozialen Marktwirtschaft die Gegner abhanden gekommen, inhaltlich und in der öffentlichen Debatte. Man bekämpft die Soziale Marktwirtschaft nicht mehr, sondern erklärt völlig systemwidrige Eingriffe zum Ausfluss der sozialen Gerechtigkeit im Erhard’schen Sinn.“ In Deutschland würden Wahlen von den Älteren entschieden, die Wahlkampfthemen Mütterrente und Rente mit 63 seien darauf zugeschnitten. „Der Verführung durch kurzfristig wirksame Wahlgeschenke kann kein Politiker widerstehen.“ Denn das Wahlvolk wolle beschenkt werden, auch wenn die meisten sich bewusst seien, dass nicht alle Versprechen eingehalten würden. Jeder Wähler spekuliere darauf, dass sein Anliegen vielleicht realisiert würde. Die befürchtete Ausbeutung der Jungen zugunsten der Alten sei hingegen nicht realistisch. Steltzner hält es mit Kurt Biedenkopf: „Durch Gesetze kann man die Aktiven kaum zwingen, für den Lebensabend der Älteren mehr zu arbeiten.“



Prof. Dr. Daniel Zimmer LL.M.

Ordnungspolitik – überholt, Opfer von Zeitgeist und Globalisierung oder noch nie so wertvoll wie heute?

„Gute Gründe sprechen dagegen, dass Politik von Fall zu Fall entscheidet, opportunistisch, jeweils nach der aktuellen Tagesmeinung. Größere Überzeugungskraft entfalte eine Politik, die sich an Prinzipien orientiert und diese Orientierung über eine Zeit lang beibehält.“ Der Politik sei jedoch die Orientierung abhanden gekommen, diagnostiziert der Vorsitzende der Monopolkommission, Prof. Dr. Daniel Zimmer LL.M., Universität Bonn. Früher seien Markteingriffe als „Teufelszeug“ abgelehnt worden, heute hingegen gelte der Markt als suspekt. Als Leitlinien für eine neue Orientierung schlägt Zimmer zehn Prinzipien vor, die einer Orientierung der Politik dienen sollten. So hätte beispielsweise die Rechtsordnung „nicht die Funktion, die Welt nach den Wünschen und Vorlieben von Politikern zu gestalten. Sie ist vielmehr als eine Infrastruktur zu konzipieren, die den Menschen die Ausübung von Freiheiten ermöglicht.“ Darüber hinaus habe die Rechtsordnung für einen Gleichlauf von Handlung und Haftung zu sorgen. Im Bereich der Wirtschaft müsse sich der Staat darauf beschränken, Regeln zu setzen und die Voraussetzungen für einen wirksamen wirtschaftlichen Wettbewerb zu schaffen und zu sichern. Er sollte nicht dazu übergehen, Wirtschaftsprozesse zu lenken oder als Unternehmer am Wirtschaftsleben teilzunehmen. Ein weiteres zentrales Prinzip sei die Ausrichtung der „Gesetzgebung am Leitbild eines vernunftbegabten, eigenverantwortlichen Menschen.“ Ordnungspolitik müsse in der Sache und durch Argumente überzeugen, denn „auch Ordnungspolitik muss sich im Wettbewerb der Meinungen bewähren“.

Abschlussdiskussion

Demokratie und soziale Marktwirtschaft

Joffe erinnert an die genauen Kursvorgaben der Adenauer-Regierung: Es dürfe heute nicht der Eindruck entstehen, Demokratie als solche sei nicht in der Lage, über das Prinzip der „Geschenke-Politik“ hinwegzugehen. Unter Reagan, Thatcher oder auch Schröder sei die Gefälligkeitspolitik stark zurückgedrängt worden. Neumann stellt die Frage nach einer Begründung der von Zimmer genannten Prinzipien in den Raum. Raffelhüschen ist der Auffassung, Marktwirtschaft lasse sich am besten durch Effizienz rechtfertigen. „Die Begründung für Soziale Marktwirtschaft kann nur die sein, dass sie im Interesse der Allgemeinheit steht.“ Zimmer hingegen ist der Meinung, dass die Politik sich nicht immer in den Dienst der Effizienz stellen sollte, denn Wettbewerb und Effizienz seien nicht stets gleichzusetzen. Wettbewerb sei das Ergebnis bestehender Freiheiten wie der Vertragsfreiheit. Solms weist darauf hin, dass auch die Machtbegrenzung ein zentraler Vorteil des Wettbewerbs sei, nicht nur die Effizienz. Die Einführung der Schuldenbremse sei im Grunde ein Zeichen der Schwäche der Politik, die sich anderenfalls nicht in der Lage sähe, diese Schulden einzugrenzen. „Das ist eine Leitplanke der Haushalts- und Finanzpolitik. Jetzt bedarf es eigentlich einer zweiten Leitplanke auf der anderen Seite, nämlich einer Steuerbremse“, die eine Umwälzung der Belastung auf den Bürger in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche und steigender Zinsen verhindern

Bild unten:
Dr. Lutz Peters,
Gastgeber auf Gut Kaden.



könnte. „Wettbewerb ist Freiheit, deswegen wollen wir Wettbewerb“, plädiert Neumann und bittet die Stiftung, diesen Gesichtspunkt weiter zu bewerben.

Abschließend fasst Joffe seine Erkenntnisse des Tages zusammen: Die Liquiditätskrise sei vorbei, dies sei außerordentlich ermutigend. Weiterhin werde man durch niedrige Zinsen nicht wirklich enteignet und drittens hätten die Älteren zwar die Mehrheit, aber nicht die Macht. Letzteres sei angesichts seines Alters nicht „anheimelnd“, aber staatstheoretisch doch in Ordnung.

Peters bedankt sich für die Impulse – die Diskussion habe dazu beigetragen, einen gangbaren Weg für Reformen aufzuzeigen.

IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft
Dr. Susanna Hübner (V.i.S.d.P.)
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Kay Herschelmann